

Interview zum Grundeinkommen mit Björn Böhning, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD

Newsletter: Die Jungsozialisten in der SPD haben für die kommende Bundestagswahl bereits eine eigene Wahlplattform erstellt, die sich in vielen Punkten, z.B. bei der Forderung nach einer solidarischen Bürgerversicherung, sehr angenehm von der Agenda 2010 abhebt. Zugleich treten Sie in diesem Programm für das Ziel der Vollbeschäftigung durch ein stärkeres Wirtschaftswachstum ein.

Ist das ein realistischer Kurs? - Haben nicht die Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte bewiesen, dass die Formel "mehr Wachstum = mehr Beschäftigung" schon lange nicht mehr aufgeht? Wäre es da nicht realistischer anzuerkennen, dass Maschinen uns Menschen und vor allem den kommenden Generationen in einem immer stärkeren Maße Arbeit abnehmen werden?

Björn Böhning: Ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein realistischer Kurs? Zunächst ist dies für Jusos eine politische Grundaussage. Wir dürfen uns nicht mit Massenarbeitslosigkeit abfinden. Hinter Eurer Frage steht doch, geht dem Kapitalismus die Arbeit aus? Wenn Ihr die letzten 20 Jahre ansprecht, betrachte ich mal die letzten 200 Jahre und stelle fest: Dem ökonomischen Prozess ist ein starkes Wachstum der Produktivität eigen. Das führte gestern wie heute dazu, dass bisherige Arbeitsgelegenheiten wegefallen sind. Die Weiterentwicklung der Bedürfnisse hat diesen Wegfall jedoch immer wieder kompensiert. Dazu kommt, dass der Normalarbeitstag und die Lebensarbeitszeit zentrale Stellschrauben sind, um alle vom Produktivitätswachstum profitieren zu lassen, ohne sie aus dem Erwerbsarbeitssystem auszuschließen.

Eine produktivere Gesellschaft kann und muss sich mehr Freizeit, längere Ausbildung und einen langen Ruhestand leisten. Arbeitszeitverkürzung gehört für mich auf die Agenda, hier sind Politik, Gewerkschaften und Wissenschaft gefordert. Weder steigende Produktivität noch ein sinkendes Arbeitsvolumen sind zwingende Argumente dafür, dass Vollbeschäftigung unmöglich ist. Der Markt regelt es aber nicht allein, hier braucht es Politik. Der Blick nach Skandinavien zeigt, dass dort höhere Beschäftigungsquoten und niedrigere Arbeitslosigkeit erreicht werden können. Schweden ist für mich ein gutes Beispiel, wie Kinderwunsch und Beruf miteinander verbunden werden können. Es braucht auch in Deutschland endlich eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Arbeitszeitregelungen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten.

Qualitatives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das zudem auch beschäftigungswirksam und sozialintegrativ ist, bringt die Chance auf Wohlstand für alle. Es klingt abgedroschen, aber es geht um die Humanisierung der Arbeitsgesellschaft im 21. Jahrhundert! Entsprechend ist dies eine Kampfaufgabe und für mich klar ein realistischer Kurs.

Newsletter: Einer Wohnbevölkerung von über 80 Mio. stehen aktuell nur nach ca. 26 Mio. voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze gegenüber und die aktuelle Politik begünstigt das Ausweichen vieler Unternehmen auf geringfügige Beschäftigung und Niedriglohnjobs, wodurch die Einzahlungen an die Sozialkassen immer geringer werden. Können wir uns auf Dauer leisten, den Sozialstaat, wie in Ihrem Programm gefordert, weiter über den Faktor Arbeit zu finanzieren? Wäre es da - vor allem gegenüber den jüngeren Wählern - nicht an der Zeit, mit allen Konsequenzen, die das haben mag, für eine Ablösung dieses nur bei Vollbeschäftigung funktionierenden Modells durch eine reine Steuerfinanzierung des Sozialstaates einzutreten?

Björn Böhning: Stichwort Sozialstaatsfinanzierung. Zunächst mal zu den Fakten. Schon heute haben ein Mischsystem aus Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern. Der Bundeszuschuss an die Rentenkassen ist dafür ein gutes Beispiel.

Mit dem Konzept der Bürgerversicherung wollen wir versuchen, dass sich endlich auch die Bezieher von Kapitaleinkünften genauso wie Beamte, Politiker und Selbständige gemäß des steuerpolitischen Grundsatzes der Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligen. Hier liegt das Problem. Den Vermögenden ist es in der Vergangenheit gelungen, sich hier zu drücken. Dies müssen wir umkehren. Starke Schultern müssen auch mehr tragen.

Gegenüber einer vollständigen Steuerfinanzierung des Sozialstaates habe ich meine Zweifel.

Erstens halte ich nichts von der These, dass die Arbeitslosigkeit Resultat der zu hohen Lohnkosten und ihres Teilbereiches der Lohnnebenkosten sind. Insofern gibt es im Grundsatz für mich kein Argument, warum die paritätische Finanzierung zwischen Arbeit und Kapital ohne Grund aufzugeben ist.

Zweitens muss man bei einer reinen Steuerfinanzierung die verteilungspolitischen Konsequenzen beachten. Hier verstehe ich die Argumente der Befürworter nicht. Entweder werden die Folgen für die Verteilung nicht als zentral eingeschätzt. Das wäre fahrlässig. Die andere Möglichkeit wäre die Einschätzung, dass derzeit durch eine reine Steuerfinanzierung ein Verteilungsgewinn für Arbeitnehmer zu erreichen wäre. Dies wäre eine Verkennung der Kräfteverhältnisse.

Es geht um eine Doppelaufgabe. Einführung der Bürgerversicherung und Weiterentwicklung der Sozialversicherungen mit einer Stärkung der Selbstverwaltung.

Newsletter: *Wie stehen Sie zur Forderung nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das nach Auffassung vieler, auch mancher Wissenschaftler, eigentlich der einzige Weg ist, um bei einem fortschreitenden Rückgang der Erwerbsarbeit eine gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu sichern?*

Björn Böhning: Gesellschaftliche Teilhabe ist mehr als die monatliche Überweisung eines Geldbetrages auf das Konto. Konzepte wie ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ oder das Bürgergeld à la FDP unterscheiden sich von der Kreativität her nur vom Geldbetrag und die Grundüberlegung greift viel zu kurz.

Um endlich allen Menschen wieder eine Chance auf Teilhabe in der Gesellschaft zu geben, muss endlich der Skandal der Massenarbeitslosigkeit angegangen werden. Wir Jusos halten am Ziel der Vollbeschäftigung fest. Dazu braucht es die Umlagefinanzierung, damit kein Jugendlicher nach der Schule in die Arbeitslosigkeit geht. Es braucht eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Es braucht qualifiziertes Wachstum.

Eine wirkliche Denksportaufgabe ist für mich, vor dem Hintergrund einer gestiegenen Lebenserwartung ein neues Gleichgewicht zwischen Erwerbsarbeit und Freizeit und Familie zu finden. Vielfach ist es heute so, dass zwischen dem 30. und 50. Lebensjahr geknuppelt wird und für Familie und Freizeit kaum Zeit bleibt. Ab dem 50. Lebensjahr beginnt es dann so langsam, dass man aus dem Betrieb getrieben wird. Die Zukunftsaufgabe ist hier eine neue Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Lebensabschnitte.

Zum Schluss eine klare Antwort. Ich will meine Skepsis nicht verbergen. Mag sein, dass viele Wissenschaftler das so sehen. Sinn, Rürup und viele andere Wissenschaftler haben ihre Ideen schon oft als „einzigen Weg“ beschrieben. Recht hatten sie äußerst selten.

Mit dem Grundeinkommen halte ich es aber wohl wie die Mehrheit der Bevölkerung. Da mag man lange drüber reden, die Menschen haben konkret andere Sorgen und Probleme.